Europa

Es wird immer zäher

Das Ringen um die Chefposten bei den maßgeblichen europäischen Institutionen hat gezeigt, dass man sich angesichts eines zunehmend heterogener werdenden Länderzusammenschlusses mit vielschichtigen Interessen immer weniger auf Absprachen oder gar eben noch gemachte Zusagen verlassen kann. Das verwundert nicht, schließlich wird munter taktiert. Der Austritt Großbritanniens und die Schwäche einer deutschen Kanzlerin auf Abruf haben das ehemals gefestigte Machtgefüge ins Wanken gebracht. Und das weckt Begehrlichkeiten. Der französische Staatspräsident Macron will die Grand Nation zurück zu alter Stärke führen. Die osteuropäischen Staaten begehren angeführt von national oder zumindest populistisch denkenden Politkern wie dem Ungarn Orban oder dem Tschechen Babis auf und wollen ebenfalls mehr Einfluss zugunsten ihrer Region, den Visegrád-Staaten. Im Stiefel Europas gilt „Italia First, was kümmern uns Verträge oder so etwas". Und wie der neue griechische Ministerpräsident all seine Versprechen halten will, muss sich ebenfalls erst noch zeigen.

Allen Verantwortlichen muss man zugutehalten, dass sie sicherlich an Europa glauben und für und mit Europa Gutes tun und erreichen wollen. Aber die Anzahl der sogenannten NIBs („Not in my backyard") wächst. Die Begeisterung, Zuständigkeiten und Befugnisse abzugeben und mehr und mehr zusammenzuwachsen, wie es das europäische Leitbild und vor allem auch die europäischen Währung erfordern würden, ist derzeit nur noch verhalten zu spüren. Auch weil die Bürger, sprich die Wähler, Europa immer weniger verstehen, es mitunter gar lediglich als Kostenfaktor und Besserwisser empfinden. Schuld daran ist eine gutes Stück Europa selbst, also die europäischen Institutionen, die mangelhaft kommunizieren und ebenfalls einen ziemlich ausgeprägten Machtanspruch an den Tag legen.

Nur ein Beispiel: Derzeit sorgt etwa der relativ eigenmächtig ausgehandelte Deal zwischen dem Europäer Juncker und dem Amerikaner Trump für Unmut. Die EU macht sich nämlich in Sachen Rindviechern in erheblichem Maße abhängig von den USA. Das Kontingent für US-Rindfleisch soll der Abmachung zufolge schrittweise innerhalb von sieben Jahren auf bis zu 35 000 Tonnen erhöht werden. Nur noch 10 000 Tonnen würden dann aus den anderen Hauptlieferländern Australien, Uruguay und Argentinien kommen. Man wolle „eine neue Phase in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten einleiten", heißt es vonseiten der EU. Das wiederum schmeckt aber vor allem den Franzosen nicht, für die der Agrarsektor eine ganz erhebliche Rolle spielt. Und jeder weiß, in Europa kostet alles eine Gegenleistung. Europa kann im Machtgefüge zwischen den USA und China nur bestehen, wenn es zusammenhält und einheitliche Positionen vertritt. Danach sieht es gegenwärtig aber nicht aus. Das ist gefährlich, auch für so wichtige Themen wie die Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion, ohne die der Abstand zu den amerikanischen Finanzzentren sicherlich noch weiter wachsen wird.

Ein weiteres Indiz für eine schwierigere Zukunft Europas liefern die großen Investoren dieser Welt, die zwar immer wirtschaftlich, aber immer auch ein gutes Stück politisch denken müssen, wollen sie ihre Gelder vermehren. „An der Börse wird die Zukunft gehandelt", heißt es so schön. Laut einer Umfrage von Invesco unter 139 großen staatlichen Investoren, wie Zentralbanken oder Pensionskassen, hat aktuell jedenfalls China spürbar gewonnen und Europa deutlich verloren. Und das trotz der anhaltenden Konflikte des Reichs der Mitte mit dem unberechenbaren starken Mann in Übersee. Europa dagegen leidet bei den Investoren dagegen vor allem unter der Zunahme des politischen Risikos. Der EU-Austritt Großbritanniens und der zunehmende Einfluss populistischer Parteien führen zu einer Abkehr von dem Kontinent als Investitionsziel. Während China auf einer Skala von eins bis zehn mit 6,1 Punkten spürbar gegenüber der letzten Umfrage aus dem Jahr 2017 (5,2) zugelegt hat, haben fast ein Drittel der Investoren ihre Gewichtung in Europa im vergangenen Jahr reduziert, ebenfalls ein Drittel plant dies im laufenden Jahr. Die drei großen europäischen Volkwirtschaften fielen in der Gunst der professionellen Anleger deutlich, Deutschland von 7,8 auf 6,2 Punkte, Frankreich von 6,1 auf 4,9 Punkte und Italien von 6,1 auf nur noch 3,8 Punkte.

Politik muss offensichtlich eben doch verlässlich oder wenigstens berechenbar sein.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Taunus Sparkasse

Wachstum in einer günstigen Umgebung

Anfang Juli hat die Taunus Sparkasse ihren Geschäftsbericht 2018 veröffentlicht und dabei auf das deutliche Wachstum ihrer Bilanzsumme um mehr als 30 Prozent in den vergangenen sieben Jahren hingewiesen. Auch im Berichtsjahr 2018 lag sie mit einem Plus von 5,3 (7,5) Prozent einmal mehr spürbar über dem Bilanzsummenwachstum aller Sparkassen des Verbandsgebietes Hessen-Thüringen, das auf 3,6 Prozent beziffert wird. Getragen wird diese Entwicklung des Bad Homburger Instituts von beiden Seiten des Kundengeschäftes. So sind die Kundenforderungen seit 2016 um 15,1 Prozent und dabei im Berichtsjahr um 6,1 Prozent auf 4,227 Milliarden Euro gestiegen. Und die Kundeneinlagen haben sich im gleichen Zeitraum um 15,4 Prozent auf 4,354 Milliarden erhöht, im Jahre 2018 um 5,3 Prozent.

Dass die günstige Lage im nördlichen Speckgürtel von Frankfurt eine solche Entwicklung ungemein begünstigt, lässt sich anschaulich an dem aktuellen Zukunftsatlas 2019 des Berliner Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos ablesen, der einen Tag später veröffentlicht wurde. Demnach zählt das Geschäftsgebiet der Sparkasse zu den begünstigten Regionen in Deutschland. Der Main-Taunus-Kreis liegt in der Gesamtbewertung auf Rang 11 von 401 Kreisen und der Hochtaunuskreis folgt auf Rang 14 knapp dahinter.

Auch mit Blick auf die Zukunftsaussichten werden dem Main-Taunus-Kreis auf Rang 67 eine hohe und dem Hochtaunuskreis auf Rangplatz 142 immerhin noch eine mittlere Dynamik bescheinigt. Berücksichtigt man zudem noch den aktuellen Wohlstandsindikator mit Rang 17 für den Hochtaunuskreis sowie Rang 31 für den Main-Taunus-Kreis hat die in diesem Geschäftsgebiet angesiedelte Taunus Sparkasse trotz aller Nähe zu Bankenplatz Frankfurt mit seinem gleichermaßen großen wie dichten Angebot an Finanzdienstleistungen auch vergleichsweise günstige Aussichten für die Zukunft.

Nicht nur bei den Volumina, sondern auch in der Ertragsrechnung 2018 hat die Sparkasse die günstigen Rahmenbedingungen ausgeschöpft. So zeigt die aktuelle Berichterstattung anders als bei vielen anderen Instituten einen Anstieg des Zinsüberschusses um 0,85 Prozent auf 110,9 Millionen Euro. Zugeschrieben wird dieser neben dem überdurchschnittlichen Wachstum des Kundenkreditgeschäftes auch den Erfolgsbeiträgen aus der Zinsbuchsteuerung. Dass der Provisionsüberschuss mit 34,99 Millionen Euro um 3,2 Prozent niedriger ausgefallen ist als im Vorjahr, wird auf Rückgänge im Wertpapierkommissionsgeschäft und im Verbundgeschäft (unter anderem in den Segmenten Bausparen und Versicherungen) zurückgeführt. Als Anteil des Zinsüberschusses am Rohertrag errechnen sich 76,02 (75,28) Prozent, als Anteil des Provisionsertrages dementsprechend 23,98 Prozent.

Der Anstieg der Verwaltungskosten um 1,3 Prozent auf 95,29 Millionen Euro geht maßgeblich auf die Sachkosten zurück, die sich ihrerseits um 5,5 Prozent oder 1,8 Millionen Euro auf 34,28 Millionen Euro erhöht haben – nicht zuletzt wegen gezielter Investitionen in das Verwaltungsgebäude beziehungsweise Dienstleistungszentrum und viele Filialen, wie das Institut betont. Einschließlich der Aufwendungen für Sachanlagen decken die Verwaltungsaufwendungen 85,92 (85,49) Prozent des Zinsüberschusses ab. Die Cost Income Ratio wird auf 66,9 Prozent beziffert und hat sich damit von 63,1 Prozent im Jahre 2016 über 64,6 Prozent im Vorjahr erhöht. Als Kernkapitalquote nennt die Sparkasse 12,2 Prozent nach 12,0 Prozent im Vorjahr und 12,6 Prozent 2016.

Mittelstand

Angst vor Innovationen?

Der breite Mittelstand ist unbestritten das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. 35 Prozent des gesamten Umsatzes der Unternehmen in Deutschland wird von sogenannten KMU erwirtschaftet, 70,4 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten in kleinen und mittelgroßen Betrieben. Rund 45 Prozent der gesamten deutschen Exporte entfallen auf Mittelständler. Auch für die Kreditwirtschaft ist die Bedeutung des Mittelstands enorm. KMU finanzieren Investitionen zu gut der Hälfte aus eigenen Mitteln und zu rund einem Drittel mittels Bankkrediten.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Angesichts solcher Zahlen muss es zu denken geben, wenn der aktuelle KfW-Innovationsbericht Alarm schlägt. Die Innovatorenquote für die Jahre 2015/2017 liegt bei nur noch 23 Prozent und damit um 4 Prozentpunkte niedriger als in der zuvor untersuchten Periode 2014/2016. Das heißt: Nur noch 850 000 KMU investierten zuletzt in innovative Produkte oder Prozesse – 150 000 weniger als 2014/2016. Seit ihrem Höchststand von 43 Prozent aus den Jahren 2004/2006 hat sich die Innovatorenquote nahezu halbiert. Besorgniserregend ist, dass der aktuelle Rückgang ausschließlich auf die Entwicklung bei den Produktinnovationen zurückzuführen ist. So droht der Erfolg auf den internationalen Märkten verloren zu gehen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei sicherlich die Altersstruktur der Unternehmensinhaber: Das Durchschnittsalter liegt aktuell bei rund 51 Jahren, vor 15 Jahren waren es noch 45 Jahre. Zugleich rücken immer weniger junge Existenzgründer nach. Waren es zur Jahrtausendwende noch rund 1,5 Millionen, sank die Gesamtzahl der Gründer auf zuletzt nur noch 557 000 jährlich.

Mitarbeiter

Tarifabschluss in schweren Zeiten

Anfang Juli haben sich die Tarifparteien im privaten und öffentlichen Bankgewerbe auf einen Abschluss geeinigt, der für rund 190 000 betroffene Beschäftigte über eine Laufzeit von 29 Monaten in zwei Stufen eine Gehaltserhöhung von 4,0 Prozent vorsieht. Nachdem die Tonlage zu Beginn der Tarifverhandlungen Mitte Februar noch ziemlich unversöhnlich geklungen hatte, kann auf beiden Seiten jetzt natürlich nicht der Jubel ausbrechen, sondern es gilt für die Verhandlungsführer ihrer Klientel einen vertretbaren Kompromiss zu erläutern. Dass die Gemengelage aus Niedrigzinsen, hohem Wettbewerbsdruck und den Anforderungen aus der Digitalisierung hierzulande Arbeitgeber wie Arbeitnehmer vor schwierige Herausforderungen stellt, ist allen Beteiligten klar. Alle wissen um die Schwierigkeiten, unter den gegebenen Bedingungen neues Ertragspotenzial zu erschließen, und dürften froh sein, wenn der sich andeutende Schrumpfungsprozess der Branche in Grenzen gehalten werden kann.

Mit Blick auf die Mitarbeiterzahlen ist das kaum gelungen. Zwar reicht die detaillierte Beschäftigungsstatistik des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes (AGV) zur Beschäftigungsentwicklung im privaten Bankgewerbe derzeit nur bis zum Jahresende 2017. Aber die diversen Rückmeldungen aus der Bilanzsaison 2018 sowie die Berichterstattung über einen möglichen oder geplanten Stellenabbau der vergangenen Wochen bestätigen die in den vergangenen zwanzig Jahren erkennbare Tendenz zum Beschäftigungsabbau in allen drei Säulen. Die größte Zahl von Mitarbeitern registriert die deutsche Branchenstatistik im Jahre 1994 mit nahezu 780 000 Bankmitarbeitern. Selbst bis in die Jahre 2001 hinein, also schon nach dem Platzen der Dotcomblase, wurde mit knapp 770 000 Beschäftigten noch der vergleichsweise hohe Stand der 1999er Jahre gehalten. Dann jedoch ging es mit Schritten von jährlich 10 000 oder auch mal 20 000 Mitarbeitern nach unten bis auf gut 680 000 Beschäftigte zu Beginn der jüngsten Finanzkrise im Jahre 2007. Bis 2014 gingen dann branchenweit jährlich rund 5 000 Bankstellen verloren, bevor sich der Abbau wieder beschleunigte und allein im Jahre 2017 bei rund 23 000 lag.

Für das Berichtsjahr 2018 zeigen die bereits publizierten Teilergebnisse eine ähnliche Tendenz auf: Der DSGV hat in seiner Bilanzpressekonferenz die Zahl der Voll- oder Teilzeitbeschäftigten in den 384 Sparkassen per Jahresende 2018 akribisch genau auf 209 588 beziffert, das sind 6 529 weniger als zum Stichtag des Vorjahres. Und den BVR-Zahlen nach ist die Belegschaft in den Kreditgenossenschaften im Berichtsjahr 2018 um rund 4 000 oder 2,7 Prozent auf rund 142 400 Mitarbeiter zurückgegangen. Rechnet man die in den Geschäftsberichten 2018 der beiden deutschen Großbanken ausgewiesenen Zahlen hinzu, hat die Commerzbank mit 36 009 Mitarbeitern zum Jahresende 2018 im Inland im Berichtsjahr 422 Mitarbeiter abgebaut und bei der Deutschen Bank waren mit 41 669 Vollzeitkräften 857 weniger in Deutschland beschäftigt als per Ende 2017. Berücksichtigt man darüber hinaus noch die Landesbanken, die DZ-Bank (dort waren es mit 28 766 immerhin 602 mehr als im Vorjahr) und die kleinen Privatbanken, die besonders stark mit den aktuellen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben, dürfte sich auch im Berichtsjahr 2018 die Zahl der Bankmitarbeiter in Deutschland um deutlich mehr als 10 000 ver-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

ringert haben – trotz Brexit-bedingten Zuwächsen. Dafür spricht im Übrigen auch ein Indiz aus der jüngsten Bankenstellenstatistik der Bundesbank. Laut deren Erhebungen hat sich die Zahl der inländischen Zweigstellen im Berichtsjahr 2018 gleich um 7,4 Prozent beziehungsweise 2239 verringert, nach einem Abbau von 1900 Zweigstellen im Vorjahr.

FMS

Schlagzeilenträchtige Buchwertverluste

Der Fehlbetrag des seit Januar 2018 von der Bunderepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH verwalteten Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) in Höhe von stattlichen 1,514 Milliarden Euro für das Berichtsjahr ist fast ausschließlich auf die Kursverluste der Commerzbank zurückzuführen. Wurden deren Aktien, von denen die Finanzagentur immerhin 15,6 Prozent hält, am Jahresanfang 2018 mit 12,505 Euro je Anteil bewertet, waren es am Jahresende nur noch 5,783 Euro. Folglich entstand für diese Aktienbeteiligung ein Abschreibungsbedarf von 1,313 Milliarden Euro.

Zwar geht aus dem Anfang Juli veröffentlichten Jahresbericht 2018 des FMS klar hervor, dass auch der üppige Jahresüberschuss 2017 in Höhe von 1,466 Milliarden Euro maßgeblich dem damaligen Kursaufschwung der Frankfurter Großbank zu verdanken war. Aber der Tenor, mit dem die Bank diesmal als Auslöser der Buchverluste 2018 beim FMS in den Schlagzeilen auftauchte, hat einmal mehr verdeutlicht, wie weit der Bund und damit letztlich die Steuerzahler davon entfernt sind, sich ohne Verlust von der im Zuge der Finanzmarktkrise erworbenen Großbankbeteiligung zu trennen.

Die Effekte der beiden andern verbliebenen FMS-Beteiligungen, nämlich der inzwischen auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) übertragenen WestLB-Nachfolgerin Portigon sowie der Hypo Real Estate Holding (HRE) auf das Jahresergebnis des FMS waren im Berichtsjahr 2018 deutlich geringer als die Commerzbank-Bewertung. Laut dem FMS-Jahresbericht 2018 resultieren Umsatzerlöse von 13,2 Millionen Euro aus Provisionen für die Bereitstellung des Verlustausgleichsrahmens in Form des strukturierten Darlehens an die EAA und daneben werden Zinsaufwendungen in Höhe von 214,1 (218,2) Millionen Euro ausgewiesen, davon 208,0 (200,6) Millionen Euro aus der Bereitstellung finanzieller Mittel sowie 6,1 (17,6) Millionen Euro aus der Aufzinsung der Rückstellung für die Verlustausgleichsverpflichtung gegenüber der FMS-Wertmanagement (FMS-WM), also der Abwicklungsanstalt der HRE.

Insgesamt beläuft sich der seit Gründung des FMS bis zum Stichtag Ende 2018 aufgelaufene Fehlbetrag auf 22,6 nach 21,0 Milliarden Euro im Vorjahr. Wie hoch für den Bund und die Länder letztlich aber die haushaltswirksamen Belastungen durch den FMS ausfallen werden, lässt sich erst mit dessen Abrechnung feststellen, die nicht zuletzt auch die Eventualverbindlichkeiten umfasst. Keine Rolle mehr spielen dabei die in der Spitze auf 168 Milliarden Euro zugesagten Garantien für insgesamt neun Institute, darunter auch die IKB, die Bayern-LB und die Aareal Bank. Sie sind schon bis zum Jahre 2013 ohne jegliche Inanspruchnahme zurückgegeben worden. Aber sowohl für die FMS-WM als auch die EAA, die als nach Bundesrecht gegründete Abwicklungsanstalten beide unter der Rechtsaufsicht der Finanzagentur stehen, gibt es weiterhin Eventualverbindlichkeiten. Bei ersterer sieht die Gesetzeslage einen Ausgleich von Kapitalverlusten wie auch eine Liquiditätsbereitstellung vor. Und auch für die EAA ergeben sich für den FMS Eventualverbindlichkeiten von 1 Milliarde Euro und weitere Haftungsverhältnisse. Signale für eine mögliche Inanspruchnahme finden sich im Jahresbericht der Finanzagentur nicht.

In den vergangenen Jahren haben beide Abwicklungsanstalten ihre Portfolios kontinuierlich abgebaut. Der hauseigenen Jahresberichterstattung nach hat die EAA Stand Ende 2018 gut 88 Prozent aller von der ehemaligen WestLB übernommenen Kredite und Wertpapiere sowie rund 84 Prozent der überwiegend derivativen Finanzprodukte im Handelsbestand abgewickelt. Bei einer um 7 Milliarden Euro auf 40 Milliarden Euro zurückgeführten Bilanzsumme und einem Jahresüberschuss von 2,6 Millionen Euro sieht sie Spielräume, die für 2027 angestrebten Abwicklungsziele vorzeitig zu realisieren. Und auch die FMS-WM kann bei einem Abbau des übernommenen Portfolios von 175,7 Milliarden Euro im Oktober 2010 auf 69,0 Milliarden Euro per Ende 2018 auf sieben Geschäftsjahre mit einem positiven Jahresergebnis verweisen.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH